



Inhaltsverzeichnis

EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH	3
09.07.2025 Donau Zeitung: Gundremmingen fordert zwei Millionen Euro im Jahr für Atommüll-Zwischenlager	3
09.07.2025 Heilbronner Stimme Stadtausgabe: Kernkraft-Kommunen fordern Millionen	5
09.07.2025 Münchner Merkur Landkreis Süd: Warnruf vor Uran-Transporten	7
09.07.2025 SW1.News: Gemeinderat Grafenrheinfeld hat Schacht Konrad besucht – Einblicke in das erste deutsche Endlager	9
Industrie / Wirtschaft / Gewerbe MV	11
08.07.2025 stern.de: Klimaschutz in MV: MV soll bis 2045 klimaneutral werden - Kritik der Grünen	11

Gundremmingen fordert zwei Millionen Euro im Jahr für Atommüll-Zwischenlager

Die Standortgemeinden kerntechnischer Anlagen verlangen in einem Thesenpapier Geld für die Flächen und die gesellschaftliche Last, die sie tragen.

Gundremmingen Wie geht Deutschland künftig mit den über Jahrzehnte entstandenen radioaktiven Abfällen um? Welche Konsequenzen resultieren daraus für die Standortgemeinden von Atomkraftwerken sowie Zwischenlagern und wer wird in die Endlagersuche eingebunden? Mit Fragen wie diesen beschäftigt sich die Arbeitsgemeinschaft der Standortgemeinden kerntechnischer Anlagen in Deutschland, kurz Asketa. Und in erster Reihe diskutierte Gundremmingens Bürgermeister Tobias Bühler mit – er ist seit seiner Wahl 2014 Mitglied der Arbeitsgemeinschaft, die 1994 gegründet wurde und sich als bundesweit agierende Interessenvertretung der Standortgemeinden versteht. „Es ist wichtig, dass wir unsere Positionen zu diesen Zukunftsfragen deutlich machen. Denn wir Standortgemeinden haben in der Vergangenheit bereits durch den Betrieb und den Rückbau der kerntechnischen Anlagen entscheidende gesamtgesellschaftliche Aufgaben übernommen und werden diese auch in den nächsten Jahrzehnten übernehmen müssen“, betont Tobias Bühler.

Im Informationszentrum des Kernkraftwerkes Krümmel tauschte sich die Asketa nun mit Vertreterinnen und Vertretern der BGZ Gesellschaft für Zwischenlagerung mbH, des Bundesamtes für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE) sowie der Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) aus. Darüber hinaus hatte die Interessengemeinschaft Vertreterinnen und Vertreter der Bundespolitik eingeladen. Nina Scheer (SPD) folgte der Einladung. Ulrike Täck, energiepolitische Sprecherin der Landtagsfraktion Bündnis 90/ Die Grünen, nahm an der Tagung ebenfalls teil. „Der Austausch war während

der Tagung sehr konstruktiv. Frau Dr. Scheer hat beispielsweise angekündigt, dass sie für uns ein Treffen in Berlin auf bundespolitischer Ebene organisieren möchte. Das wäre sehr gut, denn die Asketa-Forderungen können nur umgesetzt werden, wenn die Bundespolitik handelt“, sagt Tobias Bühler. Das sei auch eine der Kernforderungen des Thesenpapiers, das die Arbeitsgemeinschaft nach vielen Gesprächen formuliert hat: „Politische Zusagen müssen eingelöst werden.“

Die Asketa fordert darin, dass die Fristen für die Endlagersuche möglichst verkürzt und zumindest eingehalten werden – ohne Sicherheitsfragen im Prozess zu vernachlässigen. Außerdem soll es Kompensationszahlungen für alle Standortgemeinden kerntechnischer Anlagen geben, deren Grundstücke durch die Zwischenlager nicht anderweitig genutzt werden können. „Dass wir 2057 wie angekündigt ein Endlager haben werden, ist Utopie. Das heißt, das Material wird bei uns wesentlich länger liegen, als angekündigt - unsere Flächen sind dadurch blockiert“, erklärt Asketa-Präsident Josef Klaus, Bürgermeister der Gemeinde Niederaichbach. „Gorleben und Ahaus bekommen Entschädigungen. Wir anderen Standortgemeinden möchten gleichbehandelt werden.“ Für die immensen infrastrukturellen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lasten der Standortgemeinden soll es eine „faire und gerechte finanzielle Anerkennung“ geben. Konkret fordern die Asketa-Gemeinden eine jährlich verstetigte Zahlung an jede Standortkommune eines Zwischenlagers in Höhe von: Zwei Millionen Euro Sockelbetrag pro Standort und Jahr, zusätzlich 10.000 Euro pro eingelagertem Castor-Behälter und Jahr

sowie die dynamische Anpassung dieser Beträge entsprechend dem jährlichen Preisindex.

„Diese Forderung orientiert sich an den bestehenden Regelungen in Ahaus und Gorleben, wo bereits heute Kompensationszahlungen durch die BGZ (Bundesgesellschaft für Zwischenlagerung) an die Kommunen geleistet werden. In Ahaus werden diese Zahlungen bereits seit 1984 geleistet – mit einem heutigen Volumen von rund 1.278.000 Euro jährlich (ursprünglich 2,5 Millionen DM). Auch in Gorleben bestehen vergleichbare Verträge mit Kommunen vor Ort. Eine Gleichbehandlung aller Standortkommunen ist zwingend geboten“, heißt es in der Veröffentlichung. Die Asketa habe sich über viele Jahre als verlässlicher, konstruktiver und engagierter Partner im gesamtgesellschaftlichen Prozess der nuklearen Entsorgung erwiesen. „Unsere Mitgliedsgemeinden tragen die Hauptlast der Zwischenlagerung hochradioaktiver Abfälle – eine Aufgabe, die mit erheblichen Herausforderungen verbunden ist: infrastrukturell, wirtschaftlich, gesellschaftlich, planerisch und sicherheitstechnisch“, so die Forderung.

Gemeinden wie Gundremmingen tragen diese Verantwortung nicht erst seit gestern. Viele von ihnen sind bereits seit Jahrzehnten mit der Lagerung radioaktiver Stoffe betraut und werden diese Rolle auch in den kommenden Jahrzehnten übernehmen müssen. Die Frage der Lagerung des radioaktiven Abfalls aus den kerntechnischen Anlagen wird sich noch über Jahrzehnte hinziehen, so die Einschätzung aller Beteiligten. „Für alle Asketa-Gemeinden ist klar: Die Zwischenlager dürfen keine Endlager durch die Hintertür werden –

und das fordern wir auch ein“, betont

Gundremmingens Bürgermeister Tobias Bühler. (AZ)

Wörter:	631	Jahrgang:	2025
Seite:	33	Ausgabe:	Nebenausgabe
Rubrik:	Lokales	Auflage:	9.949 (gedruckt) ¹
Medienkanal:	PRINT		11.493 (verkauft) ¹
Mediengattung:	Tageszeitung		11.737 (verbreitet) ¹
Medientyp:	PRINT	Reichweite:	0,02117 (in Mio) ²

¹ IVW 1/2025

² AGMA ma 2024 Tageszeitungen

Kernkraft-Kommunen fordern Millionen

REGION Standorte wie Neckarwestheim machen gegenüber Politik Entschädigungen für Zwischenlager von Atommüll geltend

Standortkommunen der mittlerweile abgeschalteten Atomkraftwerke in Deutschland haben ihre Forderung nach einer Entschädigung bekräftigt. Es werden auch konkrete Zahlen genannt. So will Neckarwestheim mindestens zwei Millionen Euro. Die Atomkommunen sehen dabei die neue Bundesregierung in der Pflicht.

Mehr als 50 Jahre dauert die Suche nach einem Endlager für den in Deutschland verursachten hochradioaktiven Atommüll schon an – und ein Ende ist nicht in Sicht. Experten gehen davon aus, dass weitere 50 Jahre vergehen könnten, bis ein geeigneter Standort gefunden und betriebsbereit ist. Für Standortkommunen wie Neckarwestheim bedeutet das: Jahrzehntelange Verantwortung für die Zwischenlagerung, ohne echte Perspektive auf Entlastung. Seit Jahren fordern 25 Kommunen, die von der Arbeitsgemeinschaft der Standortgemeinden kerntechnischer Anlagen in Deutschland (Asketa) vertreten werden, Kompensationen für diese Dauerlast. Konkret nennen sie Ausgleichszahlungen in Form eines Sockelbetrags von zwei Millionen Euro pro Standort und Jahr sowie zusätzlich 10000 Euro pro Castor-Behälter und Jahr. Bisher hat es viele Gespräche, aber kaum Ergebnisse gege-

ben. Durch den Regierungswechsel hoffen sie auf konkrete Maßnahmen.

Bei Null Mit dem endgültigen Aus für den Salzstock Gorleben im Jahr 2021 wurde die Endlagersuche neu gestartet. Inzwischen erwartet die Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE), dass eine Entscheidung realistischweise zwischen 2046 und 2068 getroffen werden kann. „50 Jahre wurde an einer Lösung gearbeitet, nun fangen wir wieder bei Null an“, sagt Jochen Winkler, Bürgermeister von Neckarwestheim. Dort wurde das Gemeinschaftskernkraftwerk Neckar (GKN) II im April 2023 als einer der letzten aktiven Atommeiler in Deutschland vom Netz genommen. Der Rückbau läuft, doch die Frage der Zwischenlagerung bleibt ungelöst. Schon 2006 wurde auf dem GKN-Gelände ein Zwischenlager für ausgediente Brennelemente errichtet, das 2017 gegen den Willen der Gemeinde mit Atommüll aus dem stillgelegten Atomkraftwerk Obrigheim aufgefüllt wurde.

In Neckarwestheim sieht man sich auch getäuscht, nachdem es lange geheißelt habe, man trage die Last der Produktion, aber nicht die der Entsorgung. Laut Asketa bekommen Zwischenlager-Kommunen wie Ahaus bereits seit 1984 entsprechende Zahlungen. Für Jochen Winkler ist deshalb klar: „Es ist nur ge-

recht, dass unsere Kommunen einen Ausgleich erhalten.“

Steuereintrübe In Neckarwestheim sind die Castoren unterirdisch in zwei Stollen an der Steinbruchkante gelagert. Zusätzlich werden schwach- und mittelradioaktive Abfälle auf dem ehemaligen Kraftwerksgelände untergebracht. „Für eine sinnvolle Nachnutzung des Geländes ist das keine gute Voraussetzung“, sagt Winkler. Je länger die Endlagersuche dauere, desto mehr blockiere das Zwischenlager zentrale Flächen ohne wirtschaftlichen Nutzen. Gewerbesteuererinnahmen aus dem Neckarwestheimer AKW-Betrieb – einst fünf bis zehn Millionen Euro jährlich – brechen wohl in den nächsten zwei Jahren, wenn die Brennelemente ins Zwischenlager wandern, um rund 90 Prozent ein. Vor der Bundestagswahl hätten viele Parteien die Forderungen der Asketa-Kommunen unterstützt, so Winkler. Nun, da einige Regierungsverantwortung tragen, hofft er auf konkrete Schritte. Gespräche sind für das zweite Halbjahr geplant.

„Es ist nur gerecht, dass unsere Kommunen einen Ausgleich erhalten.“

Jochen Winkler

Wörter:	472	Jahrgang:	2025
Autor/-in:	Von unserer Redakteurin Linda Möllers	Ausgabe:	Hauptausgabe
Seite:	1	Auflage:	10.172 (gedruckt) ¹
Ressort:	TITELSEITE		13.547 (verkauft) ¹
Medienkanal:	PRINT		13.948 (verbreitet) ¹
Mediengattung:	Tageszeitung	Reichweite:	0,03749 (in Mio) ²
Medientyp:	PRINT		

Urheberinformation: Alle Rechte vorbehalten - Heilbronner Stimme GmbH und Co. KG

¹ von PMG gewichtet 04/2025

² von PMG gewichtet 7/2024

Warnruf vor Uran-Transporten

Kritiker mahnen: Atommüll vom FRM II in Garching ist besonders brisant

Garching – Atomgegner warnen vor möglicherweise noch in diesem Jahr geplanten Atommülltransporten vom Forschungsreaktor FRM II Garching ins nordrhein-westfälische Zwischenlager Ahaus. Im Vergleich zu Abfall aus kommerziellen Atomkraftwerken sei der Müll aus dem Forschungsreaktor besonders problematisch, kritisieren das private Umweltinstitut München und die Anti-Atom-Organisation „ausgestrahlt“. Der Transport über 700 Kilometer nach Ahaus berge große Gefahren. Antworten auf die wichtigsten Fragen rund um den Transport.

Was ist der FRM II?

Gelobt als eine der wichtigsten Neutronenquellen Europas für Forschung, Medizin und Industrie war der Reaktor im März 2004 in Betrieb gegangen. Wegen des zu 93 Prozent hochangereicherten Urans als Brennstoff war er von Anfang an umstritten. Gegner sprachen entgegen den Betreibern stets von atomwaffenfähigem Material. Seit gut fünf Jahren steht der FRM II allerdings still – wegen Corona, wegen Reparaturen und wegen Zwischenfällen. Noch immer dauern Reparaturen an. Der Neustart werde anders als geplant dieses Jahr nicht mehr möglich sein, sagte die FRM II-Sprecherin Andrea Voit.

Ist das dort genutzte Uran wirklich atomwaffenfähig?

Der Abfall enthält noch immer zu über 87 Prozent hoch angereichertes Uran – laut Atomgegnern könnte selbst das noch für Atomwaffen missbraucht werden. Dem widersprechen die Betreiber der FRM II. „Es ist nicht richtig, dass das Uran aus dem Brennelement missbräuchlich verwendbar ist. Es müsste

erst durch Trennverfahren extrahiert werden“, sagt die FRM II-Sprecherin Voit. Dazu seien spezielle Wiederaufarbeitungsanlagen nötig, von denen es nur eine Handvoll weltweit gebe. In Ahaus lagerten seit Langem Abfälle aus hochangereichertem Uran, auch aus anderen Forschungsreaktoren.

Wann soll der Transport nach Ahaus rollen?

Das Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE) hatte kürzlich mitgeteilt, dass Genehmigungen für Atommülltransporte vom Forschungsreaktor in Garching sowie aus dem Lager in Jülich nach Ahaus kurz bevorstehen. Transporte könnten laut BASE ab dem vierten Quartal dieses Jahres möglich sein. Entscheiden müssten aber die Länderbehörden. Bisher gebe es keinen Termin für einen Transport, sagte FRM II-Sprecherin Voit. „Wir sind optimistisch, dass das bald der Fall sein wird, wenn die Genehmigung da ist.“ Das Abklingbecken in Garching ist fast voll, noch zwei von 50 Plätzen sind frei – das würde für einen Betrieb von etwa einem Jahr ausreichen.

Wie viel Uran soll transportiert werden?

Aus Garching sind zwei Transporte auf der Straße beantragt. Pro Castor können fünf Brennelemente mit je sieben Kilogramm Uran transportiert werden. Hauke Doerk vom Umweltinstitut vertritt die Ansicht, dass sich bereits in einem der Garchinger Castorbehälter mehr waffenfähiges Uran befindet als für den Bau einer Atombombe gebraucht würde. Er beruft sich dabei auch auf frühere Aussagen der In-

ternationalen Atomenergie-Organisation IAEA, räumt aber ein, dass das hochangereicherte Uran in einer Brennstoffmatrix gebunden vorliegt. Nach Doerks Darstellung ist die größte technische Barriere auf dem Weg zur Bombe aber die Anreicherung.

Sehen Atomgegner eine Alternative zum Transport?

Helge Bauer von „ausgestrahlt“ sprach sich dafür aus, den Atommüll dort einzulagern, wo er entstehe – und dann nur noch einmal die Risiken eines Transportes zu einem sogenannten Endlager auf sich zu nehmen. Dazu braucht es den Bau eines Zwischenlagers in Garching. Das jedoch war nie ernsthaft diskutiert worden. Laut Voit sei in Ahaus das zentrale Zwischenlager für Brennelemente aus anderen deutschen Forschungsreaktoren. Für den FRM II sei das seit 2000 vertraglich festgelegt.

Wann kommt ein neuer Brennstoff?

Umweltschützer hatten den Betrieb ab 2011 wegen des hochangereicherten Urans für illegal gehalten und dagegen geklagt, jedoch ohne Erfolg. Wenn der Reaktor nun wieder anfährt, wird das zunächst weiter mit hoch angereichertem Uran geschehen. Allerdings ist ein Brennstoff mit auf unter 20 Prozent angereichertem Uran in Arbeit. Vor Anfang der 2030er wird er voraussichtlich nicht einsatzbereit sein. „Wir reichen Ende dieses Jahres den Antrag für die Umrüstung ein“, so Voit. Allein das Genehmigungsverfahren könnte sich über Jahre ziehen.

SABINE DOBEL/DPA

Wörter: 626
Seite: 38
Ressort: Landkreis
Medienkanal: PRINT
Mediengattung: Tageszeitung
Medientyp: PRINT

Jahrgang: 2025
Ausgabe: Nebenausgabe
Auflage: 5.916 (gedruckt)¹
6.538 (verkauft)¹
7.449 (verbreitet)¹
Reichweite: 0,05688 (in Mio)²

Urheberinformation: null

¹ von PMG gewichtet 04/2025

² von PMG gewichtet 7/2024

EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH

 SW1.News

Gemeinderat Grafenrheinfeld hat Schacht Konrad besucht – Einblicke in das erste deutsche Endlager

9. Juli 2025 06:00 | Medienart: Online

[Originalartikel](#) (Online Website)

GRAFENRHEINFELD – Gemeinderat besucht Schacht Konrad: Informationsfahrt verdeutlicht zentrale Rolle der Standortgemeinden in der nuklearen Entsorgung

Auf Einladung der Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) hat der Gemeinderat der Gemeinde Grafenrheinfeld eine zweitägige Informationsfahrt nach SALZGITTER unternommen, um sich vor Ort ein umfassendes Bild vom Endlagerprojekt „Schacht Konrad“ zu machen. Begleitet wurde die Delegation von Stefan Mirbeth, Ansprechpartner der bundeseigenen Gesellschaft für Zwischenlagerung (BGZ) am Standort GRAFENRHEINFELD.

Als Gemeinde mit bestehendem Zwischenlager war es für die Räte besonders wichtig, einen direkten, realitätsnahen Einblick in die bundesweite Endlagerstrategie für schwach- und mittelradioaktive Abfälle zu erhalten.

Informationszentrum und Faktenlage: Geschichte, Genehmigung, Geologie Der erste Tag führte die Delegation ins Informationszentrum von „Schacht Konrad“. Dort vermittelte Henning Hofmann von der BGE in einer sachlich fundierten und zugleich verständlichen Präsentation die historischen, technischen und rechtlichen Hintergründe des Projekts. Im Dialog mit Experten der BGE und BGZ wurden wesentliche Fragen rund um Genehmigungsprozesse, geologische Voraussetzungen sowie die strategische Bedeutung des Projekts diskutiert.

Das Endlager Schacht Konrad befindet sich im früheren Eisenerzbergwerk bei SALZGITTER, in dem bis 1976 rund 6,7 Millionen Tonnen Erz gefördert wurden. Bereits ab Mitte der 1970er-Jahre begannen Untersuchungen zur Eignung des Standorts als Endlager. Die Genehmigung zur Umnutzung erfolgte 2002, wurde 2007 höchstrichterlich bestätigt, und seitdem wird das Bergwerk in einem aufwendigen Prozess zum Endlager umgebaut. Die Inbetriebnahme ist für die frühen 2030er Jahre geplant.

Besonders überzeugend: Die stabile geologische Situation mit mächtigen Tonschichten verhindert zuverlässig das Eindringen von Wasser – ein zentrales Sicherheitskriterium. Die Lagerbereiche befinden sich in 800 bis 850 Metern Tiefe, deutlich unterhalb des Grundwasserspiegels.

Einblick unter Tage: Technische Komplexität und menschliche Leistung Am zweiten Tag der Reise ging es

für die Gemeinderäte unter Tage: Mit Schutzkleidung, Helm und Sauerstoff-Selbstretter ausgestattet, fuhr die Gruppe mit dem Förderkorb über 1.000 Meter in die Tiefe. Dort bewegte man sich per Spezialfahrzeug durch das über 30 Kilometer lange Streckennetz.

Besichtigt wurden unter anderem bereits vorbereitete Einlagerungsbereiche und die künftige Umladestation für radioaktive Abfälle. In der 32 Grad warmen Umgebung wurde den Teilnehmern der enorme technische und organisatorische Aufwand deutlich, der mit der Umrüstung des ehemaligen Bergwerks zum **Endlager** verbunden ist.

Die Führung unter Tage übernahm erneut Henning Hofmann als verantwortliche Aufsichtsperson. Für die Gemeinderäte war der persönliche Eindruck von der Arbeit und Sorgfalt vor Ort ebenso eindrücklich wie die dokumentierte lückenlose Nachvollziehbarkeit aller Bauphasen.

Bedeutung für die eigene Rolle: Zwischenlager als faktische Langzeitlösung Bürgermeister Christian Keller betonte nach der Rückkehr:

„Es war wichtig, den Ort selbst zu sehen – nicht nur auf dem Papier. Der Besuch hat deutlich gemacht, welche gewaltige, gesamtgesellschaftliche Aufgabe das Thema **Endlagerung** darstellt. Als Standortgemeinde eines Zwischenlagers übernehmen wir bereits heute Verantwortung.“

Die Delegation wurde darin bestärkt, dass transparente Kommunikation, Fachwissen und Einbindung der Standortgemeinden entscheidende Faktoren für Akzeptanz und Mitwirkung sind.

Gleichzeitig wurde klar, dass die bestehenden Zwischenlager – darunter auch **GRAFENRHEINFELD** – auf absehbare Zeit eine faktische Langzeitlagerfunktion erfüllen müssen. Laut **Bundesamt** für die Sicherheit der **nuklearen Entsorgung** (BASE) wird sich allein die Suche nach einem **Endlager** für hochradioaktive Abfälle bis etwa 2074 hinziehen. Planung, Genehmigung und Bau werden weitere Jahrzehnte in Anspruch nehmen.

Die Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft der Standortgemeinden kerntechnischer Anlagen (ASKETA), zu der auch Grafenrheinfeld gehört, fordern daher stärkere politische Anerkennung und echte Perspektiven für die belasteten Kommunen.

Bürgermeister Keller abschließend: „Der Besuch hat uns nicht nur informiert, sondern unsere Rolle in der **Entsorgungslandschaft** Deutschlands klar vor Augen geführt. Es braucht Anerkennung, Beteiligung und tragfähige Lösungen für die Standortgemeinden – denn wir tragen diese Verantwortung bereits heute.“

Industrie / Wirtschaft / Gewerbe MV



Klimaschutz in MV: MV soll bis 2045 klimaneutral werden - Kritik der Grünen

8. Juli 2025 16:02 | Medienart: Online | Visits/Monat: 45.000.000

[Originalartikel](#) (Online Website)

Die Landesregierung hat das Ziel der Klimaneutralität bis 2045 bekräftigt und dafür ein eigenes Klimaschutzgesetz für Mecklenburg-Vorpommern auf den Weg gebracht. "Mit dem neuen Gesetz geben wir unserer Klimapolitik eine rechtlich verbindliche Grundlage – planbar, überprüfbar und gerecht", sagte Umweltminister Till Backhaus (SPD) nach einer auswärtigen Kabinettsitzung in Berlin, bei der der Entwurf einstimmig angenommen wurde. Klimaneutralität bedeutet, dass nicht mehr Treibhausgase ausgestoßen werden als auch wieder gebunden werden können.

MV stoße jährlich 19 Millionen Tonnen CO₂ aus. "Wir werden diese Emissionen bis 2045 auf null herunterfahren", formulierte Backhaus das Ziel. Kernstück des sogenannten Klimaverträglichkeitsgesetzes ist ein Klimaschutzplan, der 2026 erstmals erstellt und danach alle vier Jahre fortgeschrieben wird. Er enthält konkrete Einsparziele und -maßnahmen für sechs Sektoren: Energie, Gebäude, Verkehr, Landwirtschaft, Industrie und Abfallwirtschaft. Die Landesverwaltung soll bereits bis 2030 vollständig klimaneutral arbeiten.

Grüne: "Klimapolitische Bankrotterklärung"

Die Grünen -Fraktion im Landtag zeigte sich enttäuscht und sprach von einer "klimapolitischen Bankrotterklärung". Statt wie versprochen spätestens 2040 klimaneutral zu werden, streiche Rot-Rot dieses Ziel sang- und klanglos und schiebe es auf 2045. Das sei nicht nur ein klarer Wortbruch gegenüber den eigenen Wählern, sondern auch ein politischer Stillstand auf dem Rücken kommender Generationen, kritisierte Fraktions-Vize Hannes Damm. 2045 sei das, was das Bundesrecht ohnehin schon vorgebe. "Wer das als Landesziel verkauft, täuscht bewusst die Öffentlichkeit."

140 Millionen Euro für Moorschutz in MV

Ministerpräsidentin Manuela Schwesig (SPD) betonte ausdrücklich, dass Klimaschutz nicht mit der Brechstange durchgesetzt werden könne, sondern nur dann gelinge, wenn die Menschen mitgenommen würden. In der vorherigen Ampel-Bundesregierung seien zu viele Gesetze über die Köpfe der Menschen hinweg entschieden worden.

Einen Schwerpunkt legt der Entwurf auf den Moorschutz. Die rund 300.000 Hektar Moorflächen in MV

seien der größte Hebel zur Erreichung der Landesklimatele und natürliche Klimaschützer, hieß es. "Dieses Potenzial werden wir konsequent nutzen", so Backhaus. Bundesumweltminister Carsten Schneider (SPD), der als Gast an der Kabinettsitzung teilnahm, gab bekannt, dass der Bund in **MV** 140 Millionen Euro für den Moorschutz zur Verfügung stellen werde.

Das Gesetz war eigentlich schon für 2023 angekündigt. Umweltverbände und Grünen hatten immer wieder Verzögerungen kritisiert. Schwesig bedankte sich dagegen ausdrücklich bei Backhaus, dass er sich so viel Zeit genommen und einen großen Beteiligungsprozess ermöglicht habe. "Wer Beteiligung will, muss sich dafür auch Zeit nehmen."
